

GENERALREDE

der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion
zum Budget 2013/2014

gehalten von

Klubobmann GR Mag. Armin Sippel

am 16.05.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Kollegen, werte Zuhörer!

Die vergangenen fünf Jahre Freiheitlicher Budgetpolitik standen unter dem Zeichen konstruktiver Kritik - konstruktiver Kritik unter dem Blickwinkel des Machbaren, des Notwendigen und der Orientierung an den tatsächlichen Bedürfnissen der Grazer Bürger.

Kritik gab es von uns vor allem an Phantasieprojekten, an mangelndem Sparwillen und an einer unangebrachten Form von Budgetkosmetik. Hierbei ging es der FPÖ vor allem darum, zu verhindern, dass sich nachfolgende Generationen vor einem Schuldenberg wiederfinden, der nicht mehr abzutragen sein wird, und der vor allem den politischen Handlungsspielraum kommender Gemeindevertretergenerationen entscheidend einengt. Zu betonen ist hierbei besonders, dass einem stetig gestiegenen Schuldenstand eine permanent sinkende Quote an Eigenmitteln der Stadt gegenübersteht. Sprichwörtlich lässt sich also sagen, dass das Tafelsilber nahezu gänzlich veräußert worden ist, während gleichzeitig ein riesiger Schuldenberg angehäuft wurde.

Diverse Liegenschaftspakete auf der einen und zahlreiche endfällige Schuldscheinverschreibungen der Stadt Graz auf der anderen Seite belegen diese Sicht der Dinge leider eindrucksvoll. Gegen diese Politik ist die FPÖ Graz in der Vergangenheit vehement und entschlossen aufgetreten. Hierbei waren wir nicht nur warnende Stimme sondern auch ein verantwortungsvolles Korrektiv.

Der gesamte Wahlkampf für die Gemeinderatswahl 2012 stand unter dem thematischen Überbau der Betonung des Willens zur Sparsamkeit, der Bereitschaft, Verantwortung übernehmen und mitarbeiten zu wollen, und vor allem unter der klaren Absage an unnötige Phantasie- und Prestigeprojekte. Die Wähler haben diesem Programm der FPÖ ihr Vertrauen geschenkt und somit unsere Position auch entscheidend gestärkt. Im Gegensatz zu einer anderen Grazer Partei, deren Zugewinne noch stärker als die unseren waren, haben wir Freiheitlichen uns der konstruktiven Zusammenarbeit nicht entzogen, wir haben keine ideologische Schneckenhauspolitik betrieben, wir haben uns inhaltlich eingebracht. Das Ergebnis mündete in den Grazer

Stabilitätspakt, den ÖVP, SPÖ und FPÖ gemeinsam ausgearbeitet und schlussendlich unterzeichnet haben.

Dieser Stabilitätspakt beinhaltet in sehr wesentlichen Punkten jene bereits angesprochenen Forderungen der Grazer FPÖ und bildet auch die Ausgangslage für das heute zu beschließende Doppelbudget für die Jahre 2013 und 2014. Abermals verweise ich auf die Grundsätze der Sparsamkeit und der Effizienz, auf die Bereitschaft, Notwendiges tatsächlich in den politischen Alltag einfließen zu lassen und Phantasieprojekte hintanzustellen. Die Grundlage jeden politischen Handelns ist die Finanzierbarkeit. Unser politisches Bekenntnis fußt auf Beständigkeit, auf dem Erhalt der Gesellschaft und einer verantwortungsvollen Politik gegenüber künftigen Generationen. Ein logischer Ausfluss dieses Bekenntnisses ist eine stabile und zukunftsweisende Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die Ausgangslage ist nicht optimal. Jahrzehntelange verfehlte, maßlose Budgetpolitik hat ihre Spuren hinterlassen. Hinzu kommt, dass ab dem Jahr 2016 der Europäische Stabilitätsmechanismus in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden muss. Welche genauen rechtlichen Normen hierbei auf die Gebietskörperschaften unterer Ebenen zukommen werden, lässt sich gegenwärtig nur erahnen, valide Aussagen können zur Zeit nicht getroffen werden. Es darf jedoch in konsequenter Fortführung der Grundintention dieses Stabilitätsmechanismus davon ausgegangen werden, dass keine weitere Neuverschuldung seitens der Gebietskörperschaften – also auch der Stadt Graz – zuzulassen sein wird.

Diese gesetzliche Schuldenbremse, die in ihrer Zielrichtung grundsätzlich zu begrüßen ist, stellt die Stadtpolitik aber auch vor eine weitere große Herausforderung. In weiser Voraussicht und getragen von der Einsicht, dass die Zeit des politischen Geschenkeverteils endgültig vorüber ist, haben sich ÖVP, SPÖ und FPÖ zur Ausarbeitung und zur Unterzeichnung des Grazer Stabilitätspaktes zusammengefunden. Der Inhalt dieses Paktes sollte aber auch in die Köpfe aller Grazer Parteien, aller Gemeindevertreter, und er muss letztendlich auch bei den Grazer Bürgern ankommen. Die Grundaussage und die essentielle Botschaft, resultierend aus dem gegenwärtigen Budget und auch aus dem Stabilitätspakt, ist ebenso klar wie eindeutig. Es darf mittelfristig gesehen zu keiner weiteren Verschuldung der Stadt Graz kommen.

Es ist unseriös, gegenwärtig Prognosen anzustellen, die über die nächsten fünf Jahre hinausgehen. Geopolitische wirtschaftliche Unwägbarkeiten lassen wirklich gültige Aussagen kaum zu. In der politischen Umsetzung bedeutet das eine echte Herausforderung! Durch diverse neue Bundes- und Landesgesetze steht die Stadt Graz vor einer Fülle von kostenintensiven Aufgaben, die sich nur schwer bewältigen lassen, nicht zuletzt deswegen, da Graz aus dem Finanzausgleich des Bundes eine offensichtliche Benachteiligung hinzunehmen hat.

Der österreichweit am stärksten wachsende urbane Ballungsraum Graz, steht gemessen an der Pro-Kopf-Auszahlungsquote beim Finanzausgleich des Bundes an hinterster Stelle. Diese Ungerechtigkeit stammt aus der Zeit, als der wirtschaftsschwache Standort Steiermark abgabenrechtlich bevorzugt werden musste und demzufolge auch bei der Umverteilung dieser Abgaben einen geringeren Anteil erhielt. Diese historische Begründung betreffend den vertikalen Finanzausgleich dient auch heute noch als Argumentarium gegenüber der Steiermark, was natürlich im horizontalen Finanzausgleich, der die Stadt Graz ja stärker betrifft, seinen realwirtschaftlichen Niederschlag findet. Gegen diese Versteinerung historischer Fakten wirksam aufzutreten wird mit Sicherheit die Aufgabe künftiger politischer Vertreter der Stadt Graz sein, sie stellt allerdings die gegenwärtige Politik vor die Tatsachen eines nunmehr ungerechten Systems, das uns einen wesentlich engeren politischen Handlungsspielraum überbindet, als dies beispielsweise in Linz oder Salzburg der Fall ist.

Gleichzeitig lassen Bevölkerungsprognosen erkennen, dass die öffentliche Hand Vorsorge zu treffen hat für einen massiven Anstieg der ständig in Graz anwesenden Bevölkerung.

Das sind letztendlich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die das Korsett definieren, innerhalb dessen Grenzen sich die Budgetpolitik der Stadt Graz abzuspielen hat. Der Spielraum ist zugegeben gering und lässt nur wenige Entscheidungsmöglichkeiten. Wer angesichts der gegenwärtigen budgetären Lage noch immer die Ansicht vertritt, es müssen im Interesse einer klassischen Klientelpolitik weiterhin Geschenke verteilt werden, der ist noch immer nicht in der Realität angekommen. Niemand sollte es sich so einfach machen und sich auf das bloße „Dagegensein“ beschränken. Gesetzliche Verpflichtungen und die

politische Verantwortung zwingen die Stadt Graz angesichts ungünstiger Parameter zum aktiven Handeln und zum Treffen wirtschaftlicher Vorsorgemaßnahmen. Wir, die Grazer Freiheitlichen, haben uns auf diesen Entwicklungsprozess eingelassen!

Der gegenwärtige Budgetentwurf ist also im wahrsten Sinne ein Versuch, das Machbare umzusetzen, das Notwendige zu realisieren und gleichzeitig die längst erforderliche politische Trendwende einzuleiten. Es ist gewiss spät, hoffentlich aber nicht zu spät. Darin liegt auch der Unterschied zu den Budgetentwürfen vergangener Jahre - zu wenig selbstkritisch, zu euphemistisch und zu sehr orientiert an der Klientelpolitik waren die Ansätze der letzten Periode. Gegenwärtig können wir weder das Füllhorn über die Grazer Bürger ausschütten, noch wollen wir eine Politik nach dem Gießkannenprinzip weiter fortsetzen.

Eine Politik, getragen vom Prinzip der wirtschaftlichen Verantwortung, war und ist unsere Zielsetzung. In diesem Sinne fügt sich der vorliegende Entwurf eines Doppelbudgets 2013/2014 in das Gesamtkonzept einer mittelfristigen Konsolidierung. Er beinhaltet eben auch ein nicht zu unterschätzendes Investitionsbudget, das darauf abzielt, das Leistungsvolumen der Stadt Graz tatsächlich zu erhalten. Auch hier ist das Prinzip der Notwendigkeit an allererste Stelle zu setzen. Die Aufrechterhaltung der Straßeninfrastruktur, der längst notwendige Ausbau von Grazer Schulen sowie deren Renovierung aber auch dringende Erhaltungsmaßnahmen von Sporthallen und Sportstätten seien hier beispielgebend aufgezählt.

Dies alles wird natürlich begrenzt vom notwendigen Grundgedanken der Sparsamkeit - der aber mit Sicherheit nicht darauf abzielt, beim Bürger zu sparen.

Ohne neue Einnahmen allerdings wird sich das bisher angebotene Leistungsvolumen der Stadt auf lange Sicht nicht aufrechterhalten lassen. Wenn auch erhöhte Gebühren im gegenwärtigen Budgetentwurf nicht veranschlagt wurden, so muss dennoch bereits heute erwähnt werden, dass künftig eine politische Diskussion über dieses Thema stattfinden wird müssen. Dort wo also der Bürger mittelfristig (auch im Sinne eine Indexierung) stärker als bisher zur Kasse gebeten wird, muss auch genau in diesem Bereich investiert werden. Es soll also partiell zu einem erhöhten Leistungsvolumen

kommen und der Eindruck eines bloßen Abkassieren vermieden werden. Das bedeutet nichts anderes, als die Mehreinnahmen zweckgebunden und eben nicht zum stopfen von Budgetlöchern zu verwenden!

Das Bekenntnis zur politischen Verantwortung bringt das Erfordernis mit sich, auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen. Wer politische Verantwortung trägt, muss längerfristig das Wohl der gesamten Gemeinschaft im Auge haben sowie auch das Wohl künftiger Generationen. Wer politische Verantwortung trägt, muss die rein parteipolitisch gefärbte Brille abnehmen und Politik für unsere Kinder und für weitere nachfolgende Generationen betreiben. Jede Erleichterung, jedes politische Geschenk, die die Grazer Stadtpolitik voreilig versprechen, stellt in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation der Stadt eine Hypothek für unsere Kinder und Kindeskiner dar. Die Politik des Gefallen-Wollens ist schon im Kleinen höchst gefährlich, sie potenziert sich aber im Großen zu einem budgetpolitischen Desaster.

Beispielsweise würde man einen Familienvater, der, um seiner Familie gefallen zu wollen, ohne wirtschaftliche Grundlage etwa eine Villa, teure Autos und teure Urlaube finanziert, als zumindest grob fahrlässig bezeichnen. Wie verantwortungslos erscheint dann erst jener Politiker, der in der augenblicklichen Lage Geschenke verspricht, um im Moment politisches Wohlwollen zu erregen?

Im Blickpunkt medialer Kritik stand vor allem die Kürzung allgemeiner Subventionen der Stadt Graz in der Höhe von 10% bei gleichzeitiger deutlich spürbarer Erhöhung der politischen Subventionen. Dies mag auf den ersten Blick den Anschein erwecken, dass die politischen Parteien in der gegenwärtigen Lage den Bürgern Schonkost verordnen wollten, während sie selbst aus dem Vollen schöpfen möchten. Dies ist aber mit Nichten der Fall. Ein differenzierter Blick auf die Sachlage kann auch diesen Umstand plausibel erklären. Die Stadt Graz hatte ihrerseits kein Bedürfnis, die bestehenden Subventionsbestimmungen zu novellieren oder gar zu verbessern, sie ist aber aufgrund übergeordneter gesetzlicher Bestimmungen genötigt, ein neues Regelwerk zu schaffen. Tatsächlich gab es bereits von Seiten des Landes Steiermark den Versuch, eine Steiermarkweit einheitliche Regelung zur Parteiensubvention zu schaffen. Erst auf Intervention durch verantwortliche Vertreter der Stadt Graz wurde sichergestellt, dass die gesetzlichen

Bestimmungen des Landes Steiermark nicht direkt anzuwenden sein werden. Dennoch resultiert daraus für die Stadt Graz die Verpflichtung, ihr Regelwerk zur Parteienfinanzierung an die gesetzlichen Vorgaben und Bestimmungen des Landes Steiermark anzupassen und anzugleichen. Die nun vorliegenden Bestimmungen der Subventionsordnung der Stadt Graz orientieren sich daher sowohl hinsichtlich des Organisationsrahmens als auch hinsichtlich der tatsächlich auszubehandelnden Beträge an den Bestimmungen des Landes Steiermark.

Ich halte fest, dass nach diesen Bestimmungen alle im Steirischen Landtag vertretenen Parteien, also auch Grüne und KPÖ, entsprechend bedacht wurden. Mir ist nicht bekannt, dass Grüne und KPÖ, die von dieser Novelle auf Landesebene übrigens stärker als bisher profitiert haben, auf die Auszahlung ihrer Subventionen verzichtet hätten. Ich werte auch heute die bereits im Vorfeld veröffentlichte Kritik dieser Parteien als einen Akt der Unehrllichkeit und des politischen Kleingeldwechsels.

Was aber tatsächlich Berücksichtigung finden sollte, ist der Umstand, dass den Grazern aus anderen Subventionstiteln in Summe 10% weniger an Geldmitteln zur Verfügung gestellt werden. Mögen die nun vorliegenden geänderten Subventionsbestimmungen auch ein Akt gesetzlicher Notwendigkeit sein, so liegt es dennoch in der Hand der einzelnen politischen Parteien, diese Schieflage zu korrigieren. Die FPÖ Graz hat daher beschlossen, eben jene 10% anteilig aus ihren Subventionsmitteln den Grazern zukommen zu lassen. Wir werden also künftig 10% der uns zukommenden Polit-Subventionen bedürftigen Grazern österreichischer Herkunft zukommen lassen. Um dieses Vorhaben ausreichend zu dokumentieren, werden wir am Ende jedes Gemeinderatsjahres eine Liste der von uns geförderten Projekte und Personenkreise offenlegen.

Ein Budget ist immer die in Zahlen gegossene politische Wahrheit. Unsere Wahrheit lässt sich nicht beliebig interpretieren, sie liegt offen vor uns. Es wird notwendig sein, unpopuläre Maßnahmen zu transportieren und zu ergreifen, es wird notwendig sein, sich einzugestehen, dass künftige Politikergenerationen nicht mehr aus dem Vollen schöpfen können, und es wird notwendig sein einzubekennen, dass der immer enger gewordene wirtschaftliche Handlungsspielraum selbst einander ideologisch diametral entgegenstehende

Parteien wie KPÖ und Grüne einerseits und FPÖ andererseits dazu nötigt, inhaltlich beinahe gleichlautende Entscheidungen zu treffen. Aus dieser Erkenntnis kann, wenn auch aus der Not geboren, ein breiter politischer Schulterschluss werden, sofern in den Köpfen aller die Bereitschaft vorherrscht, sich auch der Wahrheit zu stellen.

Weil es mittlerweile eine liebgewordenen Freiheitliche Tradition geworden ist, Budgetreden mit einem kurzen Gedicht zu beenden, will ich mit dieser Tradition heute nicht brechen und daher mit einem wie gewohnt dilettantischen dafür aber ambitionierten Reim schließen:

Seit Jahrzehnten segensreich
wirtschaften in Österreich
Parteien verschiedener Couleur
und darauf fußt nun das Malheur:

Im Wissen, dass sie sparen sollten
- und sie bekunden, dass sie's wollten -
wird der Vorsatz stets zum Fluch
und darum scheitert der Versuch.

Sie haben dabei stets vergessen
-und daran wären sie zu messen-
den Worten – und so sollt es enden
auch Taten hinterher zu senden.

Nun steht ein Voranschlag zu Buche.
Er ist getragen vom Versuche,
den Worten, jenen schönen, schnellen
diesmal die Tat voranzustellen!